

Zusammen für Österreich

Bilanz: 1 Jahr Bundesregierung





Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Wir sind angetreten, um Österreich zu reformieren und wieder an die Spitze zu führen. Als Bundesregierung nehmen wir den Arbeitsauftrag der Wählerinnen und Wähler ernst, Österreich nachhaltig zum Besseren zu verändern und das umzusetzen, was wir versprochen haben. Wir arbeiten gemeinsam für Österreich in einem neuen Stil und in einem wertschätzenden Umgang miteinander.

Viele neue Maßnahmen wurden bereits im ersten Jahr unserer Regierungsarbeit umgesetzt und zeigen positive Auswirkungen. Unser Ziel ist es, Österreich sicherer und zukunftsfit zu machen sowie der Bevölkerung die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ein gelungenes Leben zu ermöglichen.

Vor allem im Sozial-, Familien-, Wirtschafts- und Sicherheitsbereich haben wir im ersten Jahr spürbare Maß-

nahmen setzen können. Erstmals seit vielen Jahren gibt es eine Pensionserhöhung über der Inflationsrate. Mit dem Familienbonus Plus werden die Familien steuerlich kräftig entlastet, und nach mehr als 60 Jahren erreichen wir erstmals wieder ein Nulldefizit.

Mit der Neugestaltung der Mindestsicherung schaffen wir im Sozialsystem eine neue Gerechtigkeit, und nach jahrzehntelangen Diskussionen legen wir die Sozialversicherungen von bisher 21 auf zukünftig fünf Träger zusammen.

Streit und Stillstand der vergangenen Jahre sind überwunden. Diesen neuen Arbeitsstil wollen wir auch 2019 fortsetzen. Es warten noch viele Aufgaben auf uns, die wir gemeinsam mit voller Kraft zum Wohle unseres Landes umsetzen werden.

Sebastian Kurz, Bundeskanzler

Heinz-Christian Strache, Vizekanzler

Inhalt

| | |
|--------------------------------------|----|
| EU-Ratsvorsitz..... | 6 |
| Budget & Finanzen..... | 6 |
| Staat & Verfassung..... | 7 |
| Ordnung & Sicherheit..... | 8 |
| Frauen, Familie & Jugend..... | 10 |
| Bildung..... | 10 |
| Wissenschaft & Forschung..... | 11 |
| Öffentlicher Dienst..... | 12 |
| Arbeit & Soziales..... | 12 |
| Gesundheit..... | 14 |
| Digitalisierung..... | 14 |
| Wirtschaft..... | 15 |
| Verkehr & moderne Infrastruktur..... | 16 |
| Außenpolitik..... | 17 |
| Tourismus..... | 17 |
| Landwirtschaft..... | 18 |
| Umwelt..... | 18 |
| Landesverteidigung..... | 18 |
| Medien..... | 19 |
| Kunst und Kultur..... | 20 |
| Gedenkjahr..... | 20 |



Bilanz: 1 Jahr Regierungsarbeit

Österreichischer Vorsitz im Rat der Europäischen Union

EU-Ratsvorsitz

Das Regierungsprogramm ist klar **pro-europäisch**. Für Österreich war es ein wichtiges Anliegen, die EU im Rahmen des Ratsvorsitzes positiv mitzugestalten.

Der österreichische EU-Ratsvorsitz

- Österreich setzte im Rahmen des Ratsvorsitzes auf das Motto „Ein Europa, das schützt“.
- Erfolgreicher Abschluss der Brexit-Verhandlungen auf EU-Seite, Annahme des Verhandlungsergebnisses durch den Europäischen Rat am 25. November
- Die Trendwende in der Migrationspolitik hat sich verfestigt, es gibt einen Rückgang illegaler Ankünfte im Vergleich zu Oktober 2015 um 95 Prozent.
- Das EU-Afrika Forum dient der Stärkung der langfristigen Partnerschaft zwischen beiden Kontinenten mit einem Fokus auf Digitalisierung und Innovation. Teilnahme von fast 1.000 Unternehmen sowie Staats- und Regierungschefs von beiden Kontinenten.

Budget & Finanzen

Erstmals nach 65 Jahren wird der Bund kommendes Jahr weniger ausgeben, als er einnimmt. Die jahrzehntelange Schuldenpolitik hat damit ein Ende – und das ohne neue oder erhöhte Steuern.

Nulldefizit durch Doppelbudget 2018/2019

- Ende der Schuldenpolitik – ohne neue Steuern
- Erster administrativer Überschuss seit 1954
- Keine Einsparungen auf Kosten der nächsten Generationen, sondern beim Staat
- Mehr Mittel für Familien, Bildung, Sicherheit und Pflege

Ziel ist es, eine zeitgemäße, sparsame und serviceorientierte Aufsichtsstruktur mit klaren Zuständigkeiten zu schaffen.

Reform der österreichischen Bankenaufsicht

- Die gesamte Bankenaufsicht wird in der Finanzmarktaufsicht (FMA) zusammengeführt. Diese übernimmt damit die behördliche Aufsicht über den gesamten Finanzmarkt.
- Verwaltungsvereinfachungen durch klare Zuständigkeiten und Abbau von Bürokratie
- Klare Trennung zwischen Regulierung und Aufsicht

Ziel ist die Vereinfachung und Modernisierung des Steuerrechts.

Jahressteuergesetz 2018

- Sämtliche steuerlichen Änderungen künftig in einem Jahressteuergesetz zusammengefasst
- Jahr für Jahr wird Steuerrecht einfacher und übersichtlicher gemacht
- Im Jahressteuergesetz 2018 waren Familienbonus Plus und Maßnahmen gegen die Steuerflucht enthalten.

Staat & Verfassung

Entbürokratisierung und Deregulierung: Österreich leidet seit Jahrzehnten unter einem massiven Reformstau. Wir wollen eine **echte Veränderung** im Land einleiten. Den Anfang macht eine **umfassende Rechtsbereinigung**.

Bundesrechtsbereinigungsgesetz

- Von 5.000 Vorschriften werden rund 2.500 veraltete wegfallen.
- Dadurch können Bürgerinnen und Bürger die wichtigen Rechtsgrundlagen in Zukunft einfacher, rascher und damit kostengünstiger auffinden.

Gold-Plating & Better Regulation

- Benchmarking, „Sunset Clauses“ und „One in, one out“-Regeln sollen helfen, Bürokratie abzubauen und den Menschen wieder mehr Luft zum Atmen zu geben.
- Ein wichtiger Teil der „Better-Regulation“-Strategie ist der Abschluss des laufenden Gold-Plating-Projekts, d.h. die Übererfüllung von EU-Vorgaben zu vermeiden.

Die Bundesregierung bekennt sich zu einem modernen Bundesstaat, in dem Länder und Gemeinden eine zentrale Verantwortung für die positive Entwicklung unseres Landes übernehmen.

Größte Verfassungsreform seit rund 90 Jahren

- Bisher gemischte Zuständigkeitsbereiche werden eindeutig an Bund oder Länder zugeordnet.
- Weitere Maßnahmen umfassen beispielsweise die Beseitigung gegenseitiger Blockademöglichkeiten zwischen Bund und Ländern.

Das Regierungsprogramm sieht **vor, im System und nicht bei den Menschen zu sparen**. Dazu gehört auch die **effiziente Gestaltung des Außenauftritts** der Bundesregierung.

Einheitlicher Auftritt der Bundesregierung

- Den Bürgerinnen und Bürgern soll ein hoher Wiedererkennungswert und damit einhergehend eine höhere Service-Orientierung in der Verwaltung geboten werden.
- Der einheitliche Außenauftritt der Republik Österreich wurde in Form einheitlicher Logos bereits umgesetzt.

Ordnung & Sicherheit

Ein besonderes Anliegen der Bundesregierung ist es, durch **verbesserte Rahmenbedingungen** für die Polizei mehr **Sicherheit für alle Menschen** in unserem Land zu schaffen.

Die Regierung bekennt sich klar zur konsequenten Verhinderung von Asylmissbrauch und der Schaffung von Rahmenbedingungen, die rasche Asylverfahren bewirken.

Die freie und liberale Demokratie ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.

Mehr für die Sicherheit

- 2,84 Milliarden für 2018: das bisher höchste Sicherheitsbudget der 2. Republik
- Neue, moderne und bessere Ausrüstung für unsere Polizei
- Stufenweise insgesamt 4.100 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten

Geordnetes Asyl- und Fremdenwesen

- Klare Trennung zwischen Asyl und Migration
- Das Asyl- und Fremdenrecht wird verschärft.
- Maßnahmen wie
 - Sicherstellung und Auswertung von Handydaten zur Erhebung der Reiseroute und Identität
 - Abnahme von Bargeld bei Asylantragstellung
 - Anhebung der Wartefrist von sechs auf zehn Jahre für die Verleihung der Staatsbürgerschaft an Asylberechtigte

Neues Waffengesetz

- Generelles Waffenverbot für bestimmte Drittstaatsangehörige (z.B. Asylwerberinnen und Asylwerber)
- Vorläufiges Waffenverbot bei missbräuchlicher Verwendung
- Klare gesetzliche Definition von Sportschützen
- Verbesserungen für Justizwache, Sportschützen, Militärpolizei und Jägerschaft

Symbole-Gesetz

- Symbole von Organisationen, die unsere demokratischen Grundwerte nicht akzeptieren und gezielt bekämpfen, haben in unserem Land keinen Platz.
- Ausweitung der bisher verbotenen Symbole auf weitere Gruppierungen wie z.B. Muslimbruderschaft, Graue Wölfe, Ustascha

Zivildienstler sind wichtige Leistungsträger unserer Gesellschaft und vor allem für die soziale Infrastruktur äußerst bedeutsam.

Die Gewährleistung von Cybersicherheit im nationalen und internationalen Cyberspace ist eine gemeinsame Herausforderung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Eine Situation wie im Jahr 2015 darf sich keinesfalls wiederholen.

Novelle Zivildienstgesetz

- Zivildienst für junge Männer weiter modernisieren
- Zivildienstler zielgerichtet dort einsetzen, wo sie wirklich gebraucht werden

Netz- und Informationssystemsicherheitsgesetz (NISG)

- Mit dem NIS-Gesetz werden erstmals einheitliche Cybersicherheitsstandards für Unternehmen der kritischen Infrastruktur sowie für Einrichtungen des Bundes geschaffen.
- Die neue Regierung hat Synergien im bestehenden Behördensystem genutzt, um die NIS-Richtlinie unter Beachtung eines bestmöglichen Mitteleinsatzes umzusetzen.

Grenzkontrollen

- Verlängerung der Binnengrenzkontrollen zu Slowenien und Ungarn bis Mai 2019
- Bis zu 900 Soldatinnen und Soldaten sind täglich im Assistenzeinsatz an Österreichs Grenzen.

Grenzschutzereinheit „PUMA“

- Die neu geschaffene Grenzschutzereinheit „PUMA“ sorgt für einen effizienten Grenzschutz.

Frauen, Familie & Jugend

Wir haben uns als Bundesregierung vorgenommen, Ungerechtigkeiten im System zu beenden.

Fokus auf eine neue Gerechtigkeit und Fairness, vor allem für Familien. Familien leisten einen doppelten Beitrag in der Gesellschaft.

Es braucht vernünftige Lösungen zum Schutz vor Gewalttäterinnen und Gewalttätern im Netz und im realen Leben.

Indexierung der Familienbeihilfe

- Wir stellen sicher, dass die Familienbeihilfe an das Lebensniveau des Staates, in dem das Kind tatsächlich lebt, angepasst wird. Das bringt Einsparungen von 100 Millionen Euro pro Jahr.

Familienbonus PLUS

- Der Familienbonus ist die erste große Entlastung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro; davon profitieren insgesamt 950.000 Familien und 1,6 Millionen Kinder.
- Entlastung bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr
- Größte Entlastung für Familien in der 2. Republik

Verantwortung im Netz und Gewaltprävention

- Gipfel für Verantwortung im Netz und Gewaltprävention (13. November 2018): Startschuss für eine breite Diskussion über konkrete Maßnahmen gegen Angriffe im Netz
- Schutz und Prävention für Opfer durch ein digitales Vermummungsverbot für Täterinnen und Täter
- Ein Gesetz für Sorgfalt und Verantwortung soll Verpflichtungen für große Online-Plattformen wie Facebook und Twitter regeln.



Bildung

Ausbau der qualitativen Elementarbildung und -betreuung

- Investment von 180 Millionen Euro in die Elementarbildung und -betreuung
- Dadurch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Einführung höherer Qualitätsstandards
- Fördermittelvergabe an grundlegende Werte der österreichischen Gesellschaft gebunden
- Einführung des Kopftuchverbots in elementaren Einrichtungen

Jede Schülerin und jeder Schüler in diesem Land verfügt über unterschiedliche **Talente und Begabungen**, hat besondere Interessen und eventuell Förderbedarf in gewissen Bereichen. Ein **modernes Bildungssystem** muss diesen unterschiedlichen Anforderungen durch eine **differenzierte Struktur an Schultypen** Rechnung tragen.

Deutsch ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Mangelnde Kenntnisse in der Unterrichtssprache Deutsch stellen bei Bildungs- und Berufslaufbahn ein erhebliches Hindernis dar.

Bessere Studienbedingungen und höhere Durchlässigkeit im Hochschulsektor durch mehr Geld und Planbarkeit für die Universitäten.

Mit dem dringend benötigten Ausbau der Fachhochschulen reagieren wir auf den Fachkräftemangel im höher qualifizierten Bereich, insbesondere in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik).

Pädagogikpaket: Für eine erfolgreiche Schullaufbahn

- Ziffernnoten in der Volksschule: Die alternative Beurteilung und Benotung durch Ziffern wird aufeinander abgestimmt.
- Weiterentwicklung der Neuen Mittelschule zu einer leistungsorientierten Mittelschule
- Neue Differenzierung nach Leistungsniveaus, klares neues Beurteilungssystem

Deutschförderklassen

- Jedes Kind soll die deutsche Sprache beherrschen, um dem Regelunterricht folgen zu können.
- Eingeführt mit dem Schuljahr 2018/2019
- Ab acht Schülerinnen und Schülern am Schulstandort gibt es die Deutschförderklassen.

Wissenschaft & Forschung

Universitätsfinanzierung NEU

- Künftig wird sich die Finanzierung der Universitäten an der Studierendenzahl und Prüfungsaktivität, der Anzahl der Studienplätze und dem Personal sowie an wettbewerbsorientierten Anreizen orientieren.
- Mehr Geld durch Budgetsteigerung von 9,73 Milliarden Euro auf 11,07 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 1,34 Milliarden Euro für die Universitäten.
- Mehr Transparenz und Klarheit durch die gesonderte Finanzierung von drei „Budgetsäulen“: Lehre, Forschung und Infrastruktur

Fachhochschul-Entwicklungs- und -Finanzierungsplan

- Bis 2024 entstehen über 3.700 neue FH-Ausbildungsplätze – insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und MINT.
- Sicherung der Qualität durch gute Betreuungsrelationen und praxisorientierte Ausbildung auf akademischem Niveau

Eine wettbewerbsfähige Forschungs- und Innovationslandschaft ist die Basis für den Erfolg im Zeitalter von Digitalisierung und Wissensgesellschaft. Unser klares Ziel ist, dass Österreich zum „Innovation Leader“ aufsteigt und einer der innovativsten Staaten Europas wird.

Zukunftsoffensive für Forschung, Technologie und Innovation

- Neue Gesamtforschungsstrategie für die nächsten zehn Jahre
- Start der Exzellenzinitiative zur Stärkung der kompetitiven Grundlagenforschung
- Forschungsfinanzierungsgesetz für mehr Planungssicherheit in der Forschung ab 2019
- Schaffung eines neuen Beratungsgremiums der Bundesregierung für Wissenschaft, Forschung und Innovation
- Forschungsförderungsdatenbank, um Treffsicherheit und Transparenz zu erhöhen



Öffentlicher Dienst

Dienstrechts-Novelle

- Enthält zahlreiche Maßnahmen, die der weiteren Modernisierung und Flexibilisierung des Dienst- und Besoldungsrechts, der Umsetzung von höchstgerichtlichen Entscheidungen und der Vereinheitlichung des Vollzugs dienen.



Arbeit & Soziales

Senkung Arbeitslosenversicherungsbeiträge

- Bis zu 900.000 Österreicherinnen und Österreicher mit Einkommen von bis zu 1.938 Euro im Monat profitieren davon.
- Seit 1. Juli 2018 in Kraft
- Erster spürbarer Schritt zur Senkung der Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 Prozent
- Gesamtentlastung von 140 Millionen Euro, damit bleiben den Bürgerinnen und Bürgern bis zu 300 Euro mehr pro Jahr.

Der Bundesregierung ist es seit ihrem Amtsantritt ein **wichtiges Anliegen, kleine und mittlere Einkommen** deutlich zu entlasten.

Mit der Pensionserhöhung setzen wir ein klares Zeichen für alle Bezieherinnen und Bezieher von kleinen und mittleren Pensionen.

Die bisherige Arbeitszeitregelung entsprach vielfach nicht mehr den modernen Lebensrealitäten der Menschen. Daher bekennen wir uns klar zu einer **Flexibilisierung** und **Entbürokratisierung** der **Arbeitszeitgesetze**.

Mit der Reform schaffen wir mehr Gerechtigkeit in unserem Land. **Neue Gerechtigkeit heißt für uns:** Hilfe für jene, die es brauchen.

Rückgang Arbeitslosigkeit

- Arbeitslosigkeit seit Dezember 2017 um 9 Prozent zurückgegangen (Stand Oktober 2018)

Pensionsanpassung

- Ab 2019 profitieren alle Pensionistinnen und Pensionisten von der stärksten Erhöhung der Pensionen seit Jahren.

Flexible Arbeitszeiten im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Unternehmen

- Der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche bleiben die Normalarbeitszeit.
- Kollektivvertragliche Regelungen der Normalarbeitszeit und Überstundenzuschläge bleiben unverändert.
- Darüber hinaus wird es aber möglich sein, freiwillig länger zu arbeiten – maximal 12 Stunden pro Tag oder 60 Stunden pro Woche.
- Im Durchschnitt darf nicht mehr als 48 Stunden (Höchststarbeitszeit) in 17 Wochen gearbeitet werden.
- Dadurch wird die 4-Tage-Woche weiterentwickelt.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

- Deutsch ist der Schlüssel zur Integration und Voraussetzung zum Erhalt der Mindestsicherung in voller Höhe.
- Spürbare Entlastung für Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung
- Wirksames Kontrollsystem: Datenaustausch zwischen Sozialamt und AMS gewährleistet strengen Vollzug
- Mitwirkungspflicht – bei Verstößen strenge Sanktionen
- Vorrang für Sachleistungen vor Geldleistungen, insbesondere bei hohen Wohnkosten

Gesundheit

Mit der Zusammenlegung von 21 Sozialversicherungen auf fünf Träger leiten wir eine der größten Organisationsreformen in der Geschichte Österreichs ein.

Ziel ist, die medizinische und notfallmedizinische Versorgung in Österreich langfristig sicherzustellen.

Reform der Sozialversicherungen

- Zusammenlegung von 21 Sozialversicherungsträgern auf fünf
- Die Kosten in der Verwaltung werden reduziert, damit mehr bei den Patientinnen und Patienten ankommt.
- Schaffung der Österreichischen Gesundheitskasse – Gleiche Leistung für gleiche Beiträge

Ärztegesetz

- Attraktivierung der ärztlichen Berufsausübung durch geregelte Anstellungsmöglichkeit für Ärztinnen und Ärzte
- Schaffung eines modernen Systems zur Qualifizierung von Notärztinnen und Notärzten in Österreich

Digitalisierung

Unser Anliegen ist, den Bürgerinnen und Bürgern digitale Lösungen zu bieten, von denen sie persönlich profitieren. Es ist an der Zeit, dass die Verwaltung zu den Bürgerinnen und Bürgern kommt und nicht umgekehrt.

oesterreich.gv.at

- Aufbau einer digitalen Plattform: Sowohl per Website als auch Mobile App, Zugriff auf alle wichtigen Verwaltungsapplikationen
- Mittelfristig: Digitalisierung der zehn häufigsten Behördenwege wie z.B. Umzug (Änderungen im Melderegister), Strafregisterbescheinigung, Verlustmeldung und Duplikatsbeantragung von Ausweisen
- Digitale Identität: Behördlich anerkannte Ausweisfunktion am Smartphone (Führerschein, Zulassungsschein, Personalausweis, eCard)

Ziel ist es, Veränderungen, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung ergeben, in das österreichische Bildungssystem einfließen zu lassen.

Masterplan Digitalisierung in der Bildung

- Bereits mit Schuljahr 2018/19 verbindliche Übung „Digitale Grundbildung“
- Serviceportal „Digitale Schule“ wird das Unterrichten erleichtern
- (Fach-)Hochschulausbau mit Fokus auf MINT-Kernbereiche
- Verbesserung der schulischen Infrastruktur (WLAN, mobile Endgeräte etc.)
- Digitalisierungsschwerpunkt bei Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen

Wirtschaft

Erfolgreiche Standortpolitik

- Verbesserung in internationalen Rankings
- Aktive Standortpolitik sichert Großinvestitionen; z.B.: Infineon, ABB oder Novartis

Joboffensive der Bundesregierung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

- Lehrlingsoffensive mit Fokus auf Digitalisierung: Einführung von 13 neuen Berufsbildern
- Weniger Bürokratie für Betriebe durch den Entfall von Genehmigungsverfahren für viele Betriebsanlagen (z.B. Einzelhändler bis 600 m²)

Standortentwicklungsgesetz

- Investitionen schaffen Arbeitsplätze, und daher wollen wir diese erleichtern.
- Da große Projekte oft viel zu lange auf eine Entscheidung warten müssen, braucht es raschere Verfahren.
- Mit dem Standortentwicklungsgesetz geben wir sowohl Investoren als auch Betroffenen rascher Planungs- oder Rechtssicherheit.

Indem wir Bürokratie abbauen, den Fachkräftemangel bekämpfen und sinnvolle steuerliche Rahmenbedingungen schaffen, wird Österreich im internationalen Wettbewerb attraktiver und wir schaffen die besten Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen.

Ein starker Standort schafft **Arbeitsplätze** und **Wachstum**.

Die 5G-Strategie ist ein wichtiger Schritt in Richtung Sicherung leistungsfähiger digitaler Infrastruktur und Stärkung des digitalen Standorts Österreich.

Österreich liegt bei der Elektromobilität bereits im EU-Spitzenfeld. Diese **Vorreiterrolle** gilt es auszubauen, denn jedes **Null-emissionsfahrzeug** ist ein Beitrag zum **Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz**.

5G-Strategie

- Österreich will zum 5G-Vorreiter in Europa werden.
- Bis zum Jahr 2025 soll eine flächendeckende Verfügbarkeit von 5G erreicht werden.

Elektromobilität

- Ausnahme vom „Luft-100er“ für Elektrofahrzeuge (§ 14 IG-L Zonen)
- Mitbenützung von Busspuren für Elektrofahrzeuge
- Ersuchen an die Länder, Städte und Gemeinden, Anreize und Ausnahmen für Elektrofahrzeuge in den Stellplatz- und Parkraumbewirtschaftungsregelungen zu setzen (z.B. Gratisparken)

Ausbau der Seidenstraße

- Abkommen mit Russland und China für Wiederbelebung der Seidenstraße getroffen
- Bis zu 10.000 neue Jobs und jährliche Wertschöpfung von bis zu 450 Millionen Euro

Pilotprojekt „Freigabe Pannestreifen“

- Durch besseren Verkehrsfluss sollen Staus verringert und die Verkehrssicherheit gesteigert werden.
- Schnell umsetzbare Maßnahme zur Kapazitätserweiterung des hochrangigen Straßennetzes

Pilotprojekt „Tempo 140“

- Erhöhung des Tempolimits auf 140 km/h auf Probestrecken
- Nur bei optimalen Bedingungen erlaubt

Außenpolitik

Wer nach Österreich kommt, hier arbeitet und Sozialleistungen bezieht, muss auch in Zukunft **alleine die Republik Österreich** entscheiden können.

UN-Migrationspakt

- Das Recht auf Asyl ist klar von der Suche nach einem besseren Leben zu unterscheiden. Der UN-Pakt verwässert die Trennung von illegaler und legaler Migration.
- Österreich wird sich daher der Stimme enthalten.
- Es besteht die Gefahr, dass die Verpflichtungen des Pakts in künftige Gerichtsurteile einfließen und somit unsere souveräne Migrationspolitik eingeschränkt wird. Im UN-Migrationspakt ist über 80-mal von „wir verpflichten uns“ und „Verpflichtungen“ die Rede!

Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik für die Jahre 2019 bis 2021

- Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit zielt auf die Förderung von Frauen und auf die Bekämpfung von Armut ab und leistet auch einen Beitrag zur Eindämmung von Migrationsströmen.

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer verstärkten Hilfe.

Auslandskatastrophenhilfe

- Katastrophenmittel in der Höhe von 13,6 Millionen Euro zur Bewältigung von Krisen in Syrien, dem Jemen, der Ukraine, in Indonesien, der Demokratischen Republik Kongo, in Äthiopien, Uganda, dem Südsudan, dem Tschad und in Ägypten

Tourismus

Ein klares Ziel der Bundesregierung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandortes zu stärken.

Senkung der Mehrwertsteuer im Tourismus

- Senkung der Umsatzsteuer auf Nächtigungen von 13 auf 10 Prozent

Startschuss für „Masterplan Tourismus“

- Schwerpunkte auf Messbarkeit von Erfolg und die Sichtbarmachung von Handlungsbedarf im Tourismus, Kooperation mit Landwirtschaft und Kulinarik sowie Digitalisierung

Landwirtschaft

Nach Dürre und Hitze in diesem Sommer stellt die Bundesregierung rasche Hilfe für unsere Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung.

Maßnahmenpaket für Land- & Forstwirtschaft

- Umfasst Direkthilfen und Vorsorgemaßnahmen, um in Zukunft gegen solche Schäden besser versichert zu sein
- Rund 60 Millionen Euro bereitgestellt – zusätzlich zu bereits gesetzten Maßnahmen

Umwelt

Die Regierung bekennt sich eindeutig zum Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Verantwortung und zum Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz.

Klima- und Energiestrategie #mission2030

- Der Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum müssen kein Widerspruch sein.
- Prioritäten sind:
 - Ausweitung erneuerbarer Energien mit gesteigerter Energieeffizienz
 - Langfristiger Ausstieg aus fossilen Energieträgern
 - Klimaschutz ohne Atomstrom
 - Reduktion der Treibhausgase

Landesverteidigung

Die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung hat für uns oberste Priorität. Deshalb investieren wir mehr in die Polizei und das Österreichische Bundesheer.

Mehr Budget für unser Heer

- Für die Budgetjahre 2018 und 2019 wurde erstmals das nominell höchste Verteidigungsbudget sichergestellt.

Strukturreform Bundesheer: Stärkung der Truppe

- Aus vier Kommanden werden zwei: Streitkräfte und Streitkräftebasis
- Die neue Struktur zielt auf eine Stärkung der Truppe zur Landesverteidigung und schlankere Planungs- und Führungsstrukturen ab.
- Die Führungsaufgabe der Militärkommanden bleibt unverändert aufrecht.
- Auch die Miliz wird weiter gestärkt, da sie ein wesentlicher Baustein zum flächendeckenden Schutz in ganz Österreich ist.

Um die vielfältigen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen, braucht es ein leistungsfähiges Österreichisches Bundesheer.

Die Bundesregierung bekennt sich in ihrem Regierungsprogramm zu einem starken Österreichischen Bundesheer.

Katastrophenschutzpaket: Neues Gerät für den Einsatz bei der Katastrophenhilfe / Investitionen in ein starkes und modernes Heer

- Der Schutz der Soldatinnen und Soldaten bleibt auch in Zukunft wesentlicher Bestandteil der Investitionen in das Bundesheer.
- Die Bundesregierung hat daher ein umfassendes Mobilitätspaket zur Aufwertung der Ausstattung des Bundesheeres beschlossen.

(((o))) Medien

Medienquote und Challenging (the) Content

- Ernsthafter medienpolitischer Diskurs

18 Prozent-Quote für österreichische Musik im ORF

- Wesentlicher Schritt zur Stärkung heimischer Identität

ORF-Investitionen von 305 Millionen Euro in die heimische Film-/TV-Wirtschaft

- Wichtiges Signal zur Stärkung heimischer Inhalte

Video-Sharing-Plattformen werden durch AVMD-RL (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) in die Pflicht genommen

- Herstellung eines Level-Playing-Fields

Schlussfolgerungen des Rates

- Mehr Verantwortung großer Plattformen und Überprüfung der E-Commerce-Richtlinie

Trilog-Verhandlungen Urheberrechtsrichtlinie

- Ziel Verhandlungen erfolgreich ohne Verwässerungen abzuschließen

Pressefreiheit

- Ausnahme von Redaktionen in der DSGVO

Die Medienquote hat in der österreichischen Medienlandschaft einen Paradigmenwechsel eingeleitet – erstmals wird über gesamthafte Lösungen diskutiert, mit dem ORF als Partner der Privaten.

Wir wollen sicherstellen, dass es in Zukunft überhaupt noch heimische Identität und europäische Inhalte im digitalen Raum gibt.

Kunst und Kultur

Österreich ist eine Kulturlation. Wir bekennen uns ausdrücklich zur öffentlichen Förderung von und Verantwortung für Kunst und Kultur.

Erhöhung des Kunst- und Kulturbudgets

- Trotz ambitionierter Haushaltsziele eine Erhöhung des Kunst- und Kulturbudgets für 2018 um 2,3 Millionen Euro auf insgesamt 456,6 Millionen Euro.

Sammlung Essl

- Mit einem geschätzten Wert von rund 90 Millionen Euro und mehr als 1.300 Werken der österreichischen und internationalen Kunst eine der umfangreichsten Schenkungen an die Republik

Biennale in Venedig – Auswahlverfahren NEU

- Auswahlverfahren für die Kuratierung wurde internationalen Standards angepasst
- Ab 2020 basiert die Nominierung der jeweiligen Kuratorin, des jeweiligen Kurators auf einer Entscheidung einer Experten-Jury und des zuständigen Bundesministers.

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern

- Erster wichtiger Meilenstein in der Zusammenarbeit im Bereich Kunst und Kultur zwischen Bund und Ländern: ein gemeinsamer Förderschwerpunkt mit „Kunst und Kultur im digitalen Raum“ beginnend mit 2019

Gedenkjahr

Wir wissen um unsere historische Verantwortung und werden **gegen jede Form des Antisemitismus** entschieden ankämpfen. Besonders im **heurigen Gedenkjahr** ist es der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen, Orte des Erinnerns zu schaffen und zu unterstützen.

Gedenkjahr 2018: Namensmauer für die jüdischen Opfer der Shoah

- Die Bundesregierung wird die Errichtung einer Namens-Gedenkmauer für die jüdischen Opfer der Shoah im Ostarrichipark in Wien unterstützen und bis zu 4,5 Millionen Euro investieren.
- Damit soll eine individuelle, namentliche Erinnerung an die mehr als 66.000 ermordeten Jüdinnen und Juden aus Österreich ermöglicht werden.

2018 markiert den 80. Jahrestag des „Anschlusses“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich. Diesem Ereignis, das einen wesentlichen Schritt hin zur größten Tragödie in der Geschichte unseres Landes bedeutete, muss in einem würdigen und respektvollen Rahmen gedacht werden. Österreich bekennt sich zu seiner Mitschuld und Verantwortung. Wir wollen vor allem jener gedenken, denen infolgedessen furchtbares Leid und Unheil widerfuhr, und ein klares Zeichen gegen jegliche Form des Antisemitismus setzen.

Österreich hat bis heute für viele Überlebende der Shoah – trotz aller schrecklichen und schmerzvollen Erfahrungen – dennoch eine besondere Bedeutung und ist immer noch mit dem Begriff „Heimat“ verbunden.

Österreichische Unterstützung des Ausbaus der Holocaust-Gedenkstätte

Yad Vashem in Jerusalem

- Israel ist ein wichtiger Partner und Freund Österreichs.
- Wir bekennen uns klar zu Israel als jüdischem Staat und zu seinen Sicherheitsinteressen.
- Die Republik Österreich wird sich finanziell in der Höhe von einer Million Euro am geplanten Bau eines neuen Shoah Heritage Collections Center in der Gedenkstätte Yad Vashem beteiligen.
- Dieses neue Zentrum soll einen wichtigen Beitrag zur fortgesetzten Erforschung des Holocaust leisten und so auch für zukünftige Generationen wirken.
- Antisemitismus- und Antizionismuskonferenz in Wien

Einladung Holocaust-Überlebender nach Österreich

- Im Rahmen eines einwöchigen Wien-Aufenthalts wurde den Überlebenden des Holocaust ein besonderes Programm geboten.
- Dabei standen u.a. Begegnungen mit Schülerinnen und Schülern, der Israelitischen Kultusgemeinde, Stadtführungen, Besuche von Museen sowie des Wiener Stadttempels auf dem Programm.
- Auch wurde die Möglichkeit geboten, Familiengräber sowie Orte der persönlichen Erinnerung aufzusuchen.
- Eine Einladung zum persönlichen Austausch in das Bundeskanzleramt sollte nicht zuletzt Dank und Wertschätzung für diese Menschen zum Ausdruck bringen, die trotz all der schrecklichen Erfahrungen und Erlebnisse positiv in die Zukunft blickten und der alten Heimat in Zuneigung verbunden geblieben sind.



Die Bundesregierung

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2, 1010 Wien
bundeskanzleramt.gv.at

Fotonachweis: BKA/Valerie Alwasiah (Cover),
Jakob Glaser (S. 3), BKA/BMOEDS (S. 3), BKA/Andy Wenzel (S. 22)
Gestaltung: BKA Design & Grafik
Druck: Digitalprintcenter BM.I

Wien 2018

